

DIE LINKE. Offene Liste

Antrag zur Kreistagssitzung am 17.12.2012

Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

Petersberg, 16.11.2012

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Franz Rupprecht
Wörthstraße 15

36037 Fulda

Resolutionsantrag

Geringverdiender vor Strompreiserhöhung schützen

Sehr geehrter Herr Rupprecht,

der Kreistag möge folgende Resolution an die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien beschließen:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
der Fuldaer Kreistag ist besorgt über die dramatisch steigenden Strompreise. So richtig und wichtig die beschlossene Energiewende auch ist, sie kann nur gelingen wenn sie sozial gestaltet wird. Das jetzige Verfahren die Kosten einseitig auf die Privatverbraucher umzulegen führt zu sozialen Härtefällen.
Wenn man die Stromintensive Industrie und die Stromkonzerne von den Kosten befreit bzw. Sonderkonditionen einräumt, darf das nicht zu Lasten der Geringverdiener gehen.
Es ist zu erwarten, dass immer mehr Stromkunden ihre Rechnung nicht bezahlen können, ihnen droht die Stromabschaltung. Bereits im letzten Jahr lag die Zahl im Landkreis Fulda bei über 600 Abschaltungen.
Wir bitten sie dringlich, Instrumente zu entwickeln wie man Geringverdiener vor den Auswirkungen dieser Entwicklung schützen kann.
Zur dauerhaften Vermeidung von Energiearmut sollten u.a. die Transferleistungen regelmäßig an die Stromkostenentwicklung angepasst werden. Der aktuelle monatliche Hartz IV-Regelsatz für "Wohnen, Energie und Instandhaltung" beträgt 30,42 Euro, aber die realen Kosten liegen heute bereits über diesem Betrag. Nach neuesten Schätzungen ist durch die diesjährige Preiserhöhung mit einer Zusatzbelastung von 11,- Euro im Monat zurechnen.“

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wahl